

Tarifeinigung - Kein Durchbruch sondern vertagte Probleme

14.02.2026

Der Tarifabschluss im TV-L 2026 wird als „nachhaltige Verbesserung“ bezeichnet. Doch 5,8 Prozent bei 27 Monaten Laufzeit gleichen die realen Einkommensverluste der vergangenen Jahre nicht aus – sie strecken sie lediglich. Für die Beschäftigten der Länder bedeutet das: keine strukturelle Aufwertung, keine echte Wettbewerbsfähigkeit und keine spürbare Attraktivitätssteigerung.

5,8 Prozent auf 27 Monate – das reicht nicht

Die Einigung im TV-L sieht eine Entgelterhöhung von 5,8 Prozent bei einer Laufzeit von 27 Monaten vor. Gefordert waren 7 Prozent bei 12 Monaten Laufzeit.

Eine lange Laufzeit bei vergleichsweise moderater Erhöhung bedeutet faktisch eine Verzögerung beim Ausgleich der Reallohnverluste. Angesichts anhaltender Inflation, steigender Lebenshaltungskosten und zunehmender Arbeitsverdichtung ist das kein Fortschritt, sondern Schadensbegrenzung.

Punktuelle Verbesserungen – aber keine strukturelle Reform

Es gibt einzelne Verbesserungen, etwa bei Zulagen und in der Ausbildung. Diese Schritte sind richtig, bleiben jedoch punktuell.

Was weiterhin fehlt:

- vollständige Wiederherstellung der Kaufkraft
- strukturelle Aufwertung des Tarifsystems
- echte Attraktivitätssteigerung des öffentlichen Dienstes der Länder

Seit Jahren liegt der Länderbereich im Wettbewerb zurück, sowohl im Vergleich zum TVöD (Bund und Kommunen) als auch gegenüber Bundesbehörden und der Privatwirtschaft.

„Kein Signal echter Wertschätzung“

5,8 Prozent bei 27 Monaten Laufzeit sind kein Signal echter Wertschätzung für die Beschäftigten. Wer von einem Durchbruch spricht, verkennt die Realität in den Dienststellen. Wir brauchen eine strukturelle Aufwertung, keine Streckung von Reallohnverlusten,

erklärt Christel Fein, tarifpolitische Sprecherin des Bund Deutscher Kriminalbeamter NRW.

Was eine echte Aufwertung bedeutet hätte

Eine nachhaltige Reform hätte mehr erfordert als eine lineare Anpassung. Notwendig gewesen wären unter anderem

- deutliche Entgelterhöhungen oberhalb der Inflationsrate
- eine Modernisierung der Entgeltordnung
- bessere Aufstiegs- und Entwicklungsperspektiven
- eine spürbare Anhebung der eingefrorenen Jahressonderzahlung
- kürzere Laufzeiten für mehr Dynamik und schnellere Reaktionsfähigkeit

Stattdessen bleibt das System im Kern unverändert. Es wird minimal angepasst, aber nicht zukunftsfest gemacht.

16 Prozent als realer Korrekturbedarf

Nach Berechnungen, auf die unter anderem Pressemeldungen des Bund Deutscher Kriminalbeamter verweisen, wären rund 16 Prozent notwendig gewesen, um die kumulierten Preissteigerungen und die suboptimalen Tarifergebnisse der vergangenen Jahre tatsächlich zu korrigieren.

Vor diesem Hintergrund von einem „Durchbruch“ zu sprechen, greift zu kurz.



Wettbewerb um Fachkräfte entscheidet sich jetzt

Der demografische Wandel, steigende Anforderungen, zunehmende Spezialisierung und die Konkurrenz um qualifiziertes Personal verschärfen den Druck auf die Länder.

Mit diesem Abschluss wird der öffentliche Dienst der Länder nicht entscheidend wettbewerbsfähiger. Das Risiko ist klar: Fachkräfteabwanderung, sinkende Attraktivität und langfristige Strukturprobleme.

Fazit

Der Tarifabschluss TV-L 2026 ist kein großer Wurf. Er stabilisiert den Status quo, mehr nicht.

Die grundlegenden strukturellen Herausforderungen bleiben bestehen. Damit wird ein notwendiger Reformschritt vertagt – auf Kosten der Beschäftigten der Länder.

Schlagwörter

Nordrhein-Westfalen

Urheberrechte

Foto: Ingo Knobbe, die übrigen Personen sind Teil einer öffentlichen Veranstaltung
diesen Inhalt herunterladen: [PDF](#)